Bahnlärm im Rheingau soll halbiert werden

Mehdorn setzt auf „Flüsterbremsen“ / 600 Millionen Kosten Zunahme

in: Wiesbadener Tagblatt vom 9. Februar 2007

hg./ber. BINGEN/WIESBADEN Nach den anhaltenden Protesten gegen den Bahnlärm in der Region, insbesondere an den Strecken am Rhein, geht die Bahn AG auf die Bürger zu. Konzern-Chef Mehdorn erklärte in Bingen, dass der Lärm in den nächsten fünf Jahren halbiert werden soll.

In Hessen ist in erster Linie der Rheingau vom Bahnlärm betroffen, wo die Strecken zum Teil unmittelbar durch die Ortschaften führen. Mehdorn, Vorstandschef der Bahn AG, erläuterte den Plan nach einem eineinhalbstündigen Gedankenaustausch mit 60 Mandatsträgern aus dem Mittelrheintal, wo die Proteste besonders heftig sind. Er forderte aber gemeinsame Anstrengungen von Bahn, Bund, Ländern und Industrie zur Lärmbekämpfung. Es bringe nichts, „einseitig auf die Bahn einzuprügeln“. Mehdorn betonte, die Bahn habe die Lärmproblematik erkannt und wolle zu einer Reduzierung beitragen. Schnellstes und realistischstes Mittel sei die Umrüstung der 130000 Güterwagons auf „Flüsterbremsen“, von denen sich Experten eine Halbierung des wahrgenommenen Lärms versprechen.

Eine komplette Umrüstung würde 600 Millionen Euro kosten, das werde sich die Bahn allein nicht leisten können, fordert Mehdorn den Einsatz öffentlicher Mittel. Das Land Rheinland-Pfalz hat im Bundesrat eine Initiative gestartet, mit dem Ziel, dass der Bund bis 2017 je 60 Millionen Euro für die Umrüstung der Waggon bereitstellt. Anderen Ideen zur Reduzierung des Bahnlärms wie Tempolimits oder die Erhebung einer „Lärm-Maut“ erteilte Mehdorn eine Absage. Durch solche Beschränkungen würden dann mehr Güter auf die Straße verlagert.

Mehdorn wies darauf hin, dass 240000 Güterwagons aus dem Ausland auf den Schienenwegen des „Transitlandes Deutschland“ unterwegs seien. Die Politik müsse das Thema daher auf europäischer Ebene angehen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Granold, auf deren Einladung hin Mehdorn nach Bingen gekommen war, äußerte, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft biete die Chance, „das Thema Bahnlärm in Europa ganz oben auf die Agenda zu setzen“.